Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,75 G.-M. zuzügl. Bestellgeld; b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,75 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10 158

Gegr. 1840.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunftund Offertenannahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . .

Nr. 282 — **Olpe, Dienstag, den 2. Dezember 1924** — **84. Jahrg.**

Wer hat die konfessionelle Schule gefährdet?

Die deutschnationale Presse läßt im Wahlkampf wieder einmal ihre „katholischen Seiten" ausgiebig zu Worte kommen und läßt von diesen Leuten besonders auch stets aufs Neue die Behauptung aufstellen, das böse Zentrum sei an der derzeitigen Fassung des Artikels 146 Absatz 2 der Deutschen Reichsverfassung schuld durch den die konfess. Schule nur bedingt gesichert ist Man rechnet auf Gedächtnisschwäche der Leserschaft und stellt dann gar die Deutschnationale Partei als die besondere Hüterin des Gedankens der Konfessionsschule hin. Es dürfte deshalb von Wichtigkeit sein, noch einmal den parlamentarischen Werdegang des betreffenden Artikels darzulegen.

1) Die Sozialdemokraten und Demokraten, die in der Nationalversammlung über die Mehrheit verfügten, wollten in Weimar die konfessionelle Schule ganz beseitigen. Durch den Einfluß des Zentrums kam es aber dann in der ersten [illegible] betreffenden Verfassungs[illegible]rung, die die Bekenntnisschule zwar ermöglichte, in der Hauptsache aber die Entscheidung den Ländern überließ, was in manchen Gegenden praktisch doch ihre Beseitigung bedeutet hätte.

2) In der zweiten Lesung drückte das Zentrum folgende Fassung durch: „Ob und wie weit die Volksschulen innerhalb der Gemeinden für alle Bekenntnisse gemeinsam oder nach Bekenntnissen getrennt oder bekenntnisfrei ((weltlich) sein sollen, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit das mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinbaren ist. Das Nähere bestimmt ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes bleibt es bei den bestehenden Vorschriften."

Nach dieser Fassung standen also die Bekenntnisschule, die Simultanschule und die weltliche Schule gleichberechtigt nebeneinander, die Einwirkung der Landesparlamente war ausgeschlossen, es mußten alle Erziehungsberechtigten befragt werden. Dem Zentrum gelang es, die Sozialdemokraten für diese Fassung zu gewinnen, weil mittlerweile die Demokraten wegen der Unterzeichnung des Friedensvertrages aus der Regierung ausgeschieden waren und das Zentrum sich gegenüber der Sozialdemokratie in einer stärkeren Position befand.

3) Die Deutschnationalen stimmten gegen diesen zweiten günstigeren Schulkompromiß. Ihr Redner, der liberale Pfarrer a. D. Dr. Traub führte dazu aus: „Wir haben uns in unserer Fraktion im wesentlichen dahin geeinigt, daß wir die ursprüngliche Fassung, wie sie in der Vorlage der Verfassung steht, für besser halten als das, was in dem Kompromiß vor uns liegt." Als Grund gab er an, daß die für die Bekenntnisschule günstigere Fassung „den Anlaß zu einer sollständigen Zertrümmerung eines einheitlichen nationalen Schulwesens geben könne." Der deutschnationale Abg. Dr. Philipp erklärte überdies: „In manchen grundsätzlichen Dingen sind wir ja mit den Demokraten in der Schulfrage einig geworden: Wir werden uns deshalb mit ihnen auch bei der Abstimmung im wesentlichen auf den Boden der Vorlage stellen, wie sie uns der Verfassungsausschuß entgegengebracht hat." Diese Vorlage war die für die Konfessionsschule ungünstigere.

4) Auch die Sozialdemokratie stimmte nicht geschlossen für die günstigere Fassung und die Haltung der dafür stimmenden sozialistischen Abgeordneten verursachte einen Sturm der Entrüstung gegen dieselben im sozialdemokratischen Lager, so, daß die knappe Mehrheit, die bei der Abstimmung sich ergeben hatte, bei der 3. entscheidenden Abstimmung durchaus unsicher war.

5) So mußte schließlich das Zentrum, um nicht alles zu gefährden und die erste schlechteste Fassung Gesetz werden zu lassen, sich mit der heutigen Form des Artikels 146 Absatz 2 bescheiden: „Innerhalb der Gemeinden sind indeß auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Absatz 1 nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes."

Danach muß also die konfessionelle Schule in jedem Falle von den Erziehungsberechtigten beantragt werden. Immerhin ist, wenn die Erziehungsberechtigten auf ihrem Posten sind, die konfessionelle Schule gesichert. Es kommt auf die entscheidenden Paragraphen des zukünftigen Reichsschulgesetzes an, wie die Möglichkeiten zur Stützung der konfessionellen Schule sich im einzelnen gestalten und wie der Ausdruck „geordneter Schulbetrieb" definiert wird.

Die logische Schlußfolgerung aus diesen Tatsachen muß für alle, die die Bekenntnisschule wirklich stützen wollen, das Eintreten für die Zentrumspartei sein, die die Vorkämpferin für die konfessionelle Schule gewesen ist und immer bleiben wird, während die Deutschnationalen nur als Hilfstruppen in Betracht kommen und nicht einmal als zuverlässige, wie die erwähnten Vorgänge beweisen und wie sich auch aus der kritischen Stellungnahme der Deutschnationalen vor drei Jahren zur Frage der konfessionellen Lehrererziehung ergibt. Die Deutsche Volkspartei schickte damals eine Dame vor, Frau von Kulessa, die Vorsitzende des Deutschen Lehrerinnenvereins, die sich für die simultane Lehrerbildung aussprach.

Wenn ich aber den Vorkämpfer direkt unterstützen kann, mache ich nicht erst einen Umweg über die Hilfstruppe. Für den überzeugten Anhänger der Bekenntnisschule kommt deshalb zur kommenden Reichstagswahl keine andere Partei in Betracht, als das Zentrum.

Evangelische Wähler!

Unsere Zeit des Ueberganges aus äußerem Zusammenbruch und revolutionärer Aufwühlung zu nationaler, sozialer und wirtschaftlicher Festigung verlangt mehr denn je eine Politik des Ausgleichs und der Vermittlung der Gegensätze. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden bei unbeirrter Einhaltung einer von den extremen der rechten und der linken Seite gleicherweise sich freihaltenden mittleren Linie. Diesen Kurs hat die Zentrumspartei, als eine wahre Partei der Mitte, allen Anfeindungen von rechts und links zum Trotz, stets festgehalten. Sie hat damit überall, nach innen wie nach außen, ausgleichend und versöhnend gewirkt und damit ebensowohl im Geiste einer wahrhaft christlichen wie in dem einer ruhigen und besonnenen Realpolitik gearbeitet.

Diejenige Politik, die als „Erfüllungspolitik" viel verlästert, schließlich zum Londoner Abkommen geführt und Deutschland wieder eine zwar bescheidene, aber doch haltbare und anerkannte Stellung im Konzert der europäischen Mächte errungen hat, ist das Verdienst der Mittelparteien. Wohl legt das Londoner Abkommen uns schwere Lasten auf; aber daß es einen Schritt vorwärts bedeutet, geht am besten daraus hervor, daß selbst die Deutschnationale Volkspartei es nicht gewagt hat, seine Annahme zu verhindern und lieber in ihren Taten in offenkundigem Widerspruch getreten ist zu ihren großen Worten und geschwollenen Agitationsphrasen vor den Wahlen vom 4. Mai. Der so beschrittene Weg einer aussichtsvollen Verständigung mit den ehemals feindlichen Mächten kann aber nur weiter verfolgt werden, wenn das Staatswesen auch im Innern vor plötzlichen Erschütterungen bewahrt bleibt und die legale verfassungsmäßige ruhige Weiterentwicklung gesichert wird. Ein UMsturz würde alles Errungene, vor allem auch die endlich gelungene Stabilisierung unserer Währung, wieder vernichten. Darum darf die Führung des Reiches nicht denen zufallen, welche stets mit dem Umsturz liebäugeln und die mit dem Ausland getroffenen Vereinbarungen immer wieder zu sabotieren bestrebt sind.

Was sonach schon die politische Vernunft fordert, fordern wir vor allem auch aus dem Geiste des Christentums heraus. Die Zentrumspartei aber ist (Neben der ihre Wirksamkeit auf ein einzelnes Land beschränkenden Bayerischen Volkspartei) die einzige, die klar und eindeutig den christlichen, religiösittlichen Mächten im Staat die Vorherrschaft über die materiellen zu geben entschlossen ist. Auf der Linken hat christlich kirchlicher Geist so gut wie nichts zu bedeuten. Diese Parteien stehen dem positiven Christentum wesentlich indifferent, wo nicht gar feindlich gegenüber. Aber auch auf der Rechten kann von einer Durchdringung der gesamten Politik mit christlichem Geiste da nicht die Rede sein, wo die äußere Macht immer wieder das letzte Wort ist — was in unserem tief beklagenswerten, aber nun einmal nicht zu bestreitenden Zustand der Machtlosigkeit zugleich eine aller realen Politik fremde, unverantwortliche Schlagwort- und Phrasenpolitik bedeutet. Das Zentrum kennt keine doppelte Moral, die eine für den Einzelmenschen, die andere für Politik und Wirtschaft; auch im öffentlichen Leben gilt ihr das Gottesgebot der Nächstenliebe als das Grundgesetz alles menschlichen Zusammenlebens. Als Christen dürfen ebenso wenig wie zwischen den Klassen der Nation zwischen den Völkern blinde Verfeindung säen; unser Ziel muß sein die Einordnung des Nationalstaats in die Rechtsformen, eines wahren Völkerbundes. Solche Gesinnung muß sich erst recht den eigenen Volksgenossen gegenüber durchsetzen. Der bewußte Christ ist sozial gesinnt. Der ist kein Jünger des Evangeliums, der den christlichen Brudergedanken zurückweist. Auch darum dürfen wir nicht „deutschnational" wählen. Die alte konservative Partei, die Partei eines Adolf Stöcker und eines Adolf Wagner, war noch stark von sozialen Anschauungen durchsetzt; die heutige deutschnationale Partei aber hat die alten konservativen und christlich-sozialen Traditionen fast vergessen. Wir stehen zum Zentrum, weil es schon in sich selbst die Interessengegensätze der verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Schichten ausgleicht, weil es an Stelle der Idee der Macht und der Gewalt, dem Ideal der sozialen Versöhnung dient und jedem Stande sein ihm im Volkskörper zukommendes Recht gewährt, weil es den Frieden unter den Völkern will, und so ein sittlich starkes, soziales, geachtetes Deutschland erstrebt.

Auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik hat das Zentrum stets die gemeinsamen Interessen beider Konfessionen auf das nachdrücklichste gewahrt. Ohne seinen starken Einfluß in der Reichsregierung wäre es den evangelischen Interessen nach der Revolution noch viel schlechter ergangen. Wir Evangelischen, die wir seit Jahren im Zentrum mitarbeiten, bezeugen, daß es keine einseitig katholische Partei ist. Von jeher haben dann auch hervorragende Evangelische aus allen Schichten sich dem Zentrum angeschlossen. Die besonderen evangelischen religiösen Interessen können und werden, auf dem Boden freundschaftlichen Zusammenarbeitens der beiden christlichen Konfessionen im Zentrum ihre verständnisvolle Vertretung finden, umso besser, je mehr Evangelische sich dem Zentrum anschließen. Der Begründung einer besonderen evangelischen Zentrumspresse hat der Reichsparteivorstand grundsätzlich zugestimmt. So rufen wir nun unsere evangelischen Glaubensgenossen auf, alte Vorurteile zu überwinden und Zentrum zu wählen. Wir sind eine konfessionell gespaltene Nation; darum kommt alles darauf an, wenigstens die politische Gesinnungseinheit über den konfessionellen Trennungsgraben hinweg herzustellen. Es ist eine nationale Tat, wenn sich deutsche Katholiken und Protestanten in einer Partei zu gemeinsamer Arbeit an einer wahrhaft christlichen Politik vereinen. Konfessionen müssen eine gemeinsame Front bilden gegen den antichristlichen Geist im Volks- und Staatstum.

Evangelische Wähler! Unterstützt die Politik nüchterner Ueberlegung, die, frei von jedem Extrem, allein uns aus unserer Not herausführen kann, indem sie den Weg der politischen Mitte und des sozialen Ausgleiches geht! Ihr entscheidet Euch damit zugleich für eine Politik christlicher Grundsätze.

Wählt Zentrum!

Im Namen der evangelischen Mitglieder der Zentrumspartei:

Chefredakteur Adam Röder, Karlsruhe.
Univ.-Professor Dr. von Martin, München.
Oberst a. D. Bornemann, Berlin.

Eine Rede des Reichskanzlers in Essen.

WTB Essen, 30. Nov. Heute nachmittag sprach Reichskanzler Dr. Marx im Städtischen Saalbau zu Essen in einer öffentlichen Wählerversammlung der Zentrumspartei. Der große Saal war überfüllt. Sehr viele fanden keinen Einlaß mehr, doch wurde auch diesen die Rede des Kanzlers durch Lautsprecher vermittelt. Der Versammlungsleiter erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß die Börsenzeitung geschrieben hatte: „Marx und sein Ideal werden immer gefährlicher," und fügte hinzu, der Mann, der eine solche Gefahr bedeute, der verdient allerdings ein Ideal und verkörpert eine Politik, die der Börsenzeitung und ihren Hintermännern gerade nicht auf ihren Leib zugeschnitten ist.

In seiner Rede sagte der Reichskanzler u. a.: „Ich verlange weder für die Regierung noch wie für mich selbst eine gute Kritik. Wir wissen, daß wir in London wenig erreicht haben im Vergleich zu dem, was wir erreichen wollten. Wir sind aber nicht mit leeren Händen aus London zurückgekommen. Weshalb will man denn nicht die Wahrheit sagen, daß wir in London wenigstens einen Anfang zum Besten gemacht haben. Etwa weil die Delegierten, die in London im **Auftrage des Reichspräsidenten** die Verhandlungen führen, eine Politik verfolgten, der die sogenannte nationale Opposition den Kampf angesagt hat? Das Dawesabkommen, darüber müßten wir uns klar sein, sei das Fundament, auf dem es gilt, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen, den Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Krieg nun einmal übernommen haben, nach Möglichkeit nachzukommen und so auch zur politischen Freiheit unseres Volkes und Landes zu gelangen. Das geht nicht von heute auf morgen, dazu brauchen wir Zeit, dazu brauchen wir aber auch einen arbeitsfähigen Reichstag, dessen große Parteien ihre besten Kräfte nicht in unfruchtbarer Opposition erschöpfen oder passiv beiseite stehen. Wenn Herr Hergt kürzlich in Breslau gesagt hat: „Innerpolitisch opponieren wir, aber außenpolitisch wollen wir helfen", so bedanke sich doch die Regierung über diese Art von Außenpolitik, wie sie die Deutschnationalen in den Monaten April bis August gemacht haben. Die Haltung der sogenannten nationalen Opposition hat unsere Stellung auf der Londoner Konferenz keineswegs erleichtert. Wörtlich sagte der Reichskanzler: Arbeitsfähig könne es nur einen Reichstag geben, dessen große Mehrheit fest entschlossen ist, den bisher in der Außenpolitik verfolgten Weg weiter zu gehen. Eine Abkehr von diesem Wege mache ich nicht mit. Die klaren Linien unserer Außenpolitik dürften keineswegs verwischt werden. Ich habe die Hoffnung, daß das deutsche Volk am 7. Dezember in dem gleichen Sinne entscheiden wird, und wenn alsdann die Frage der Regierungserweiterung von neuem an uns herantritt, so ist in erster Linie entscheidend die sachliche Stellungnahme der Parteien zu der bisher verfolgten und bewährten Außenpolitik.

Den Grafen Westarp, der in Hamburg bestritten habe, dem Zentrum eine gemeinsame Politik mit den Deutschvölkischen zugemutet zu haben, verwies der Kanzler auf Nr. 515 der Kreuzzeitung vom 1. November, darin habe Graf Westarp selbst ausgerechnet, daß in dem aufgelösten Reichstag der Rechtsblock von den Deutschvölkischen zur Zentrumspartei eine Mehrheit von 14 Stimmen gehabt habe und festgestellt, daß bei dieser Mehrheit die völkische Rechte genau über die Hälfte der Stimmen verfügen müßte. Graf Westarp hat in dem gleichen Artikel noch ein weiteres interessantes Bekenntnis abgegeben: Man [illegible] damit abzufinden haben, daß, wenn die Deutschnationalen in das Kabinett eintreten man deutschnationale politik treibe. Der Reichskanzler erklärte, er lehne es grundsätzlich ab, daß man im Kabinett Parteipolitik treibe und ich glaube, Graf Westarp dürfte schwerlich ein Kabinett finden, in der es deutschnationalen Vertretern gestattet ist, deutschnationale Politik zu treiben.

Die Rede des Kanzlers wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dem Reichskanzler wurden stürmische Ovationen dargebracht.

Eine Ehrenurkunde für Dr. Marx.

WTB Düsseldorf, 20. Nov. Bei seiner heutigen Anwesenheit in Düsseldorf wurde dem Reichskanzler in einer besonderen Festversammlung der katholischen Beamten und Lehrerschaft unter allgemeiner Anteilnahme hoher und höchster behördlicher Vertreter durch den Bezirksvorsitzenden, Studienrat Dr. Nell, eine kunstvolle Ehrenurkunde überreicht. Der Reichskanzler nahm die Gelegenheit wahr, eingehend und eindringlich auf die Bedeutung der Besoldung für die Existenz jedes einzelnen hinzuweisen. Er stellte die jeweilige Anpassung der heute immer noch ungenügenden Besoldung bis an die Grenze des Möglichen in Aussicht. Die teilweise sehr ernsten Darlegungen des Reichskanzlers wurden unter sichtlichem Eindruck und überzeugter Zustimmung entgegengenommen.

Politische Kinder

laufen den großen Worten nach.

Unterrichtete Staatsbürger

lassen sich nur durch Taten überzeugen. Sollen wir Dir solche

Taten

nennen? Ruhe, Sicherheit, feste Währung, wirtschaftlicher Wiederaufbau und Ordnung in den Finanzen; Befreiung [illegible] Deutschen von der Besatzung, Rückkehr der Vertriebenen, Freiheit der Eingekerkerten, Rückgewinnung der Eisenbahn, Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit und Staatshoheit im besetzten Gebiet, Wiedereintritt unseres Volkes in den Kreis der Großmächte. Das hat

die Politik der Mitte

erreicht. Der letzte Mann, die letzte Frau tritt am 7. Dezember für diese Politik ein und wählt

Zentrum!

Eine Rede des Kultusministers Dr. Boeltz.

Im Kaiser-Saal zu Hagen hielt Kultusminister Dr. Boeltz eine Rede über das Thema: „Drei Jahre preußische Kulturpolitik". Er führte u. a. etwa aus:

„Wieder rüsten wir uns zu einem neuen Reichstagswahlkampf, dem zweiten in diesem Jahre. Wir fragen uns, was erhoffen wir von diesem neuen Reichstag? Eine Antwort darauf kann niemand geben. Die Zeit wird es uns lehren, wie sich unser künftiges Schicksal gestalten wird. Der Redner trat für eine Fortführung der bisherigen Außen- und Innenpolitik ein und schilderte das Ergebnis der bisherigen Innenpolitik:

Stabilisierung der deutschen Mark, die heute wieder etwas im Auslande gilt. Er dankte allen denen, die vor einem Jahre Rhein und Ruhr trotz schwerer Opfer gehalten haben. Die Opfer, die unsäglliches Elend in viele Familien getragen haben, sind Gott sei Dank nicht umsonst gebracht worden. Die Deutsche Volkspartei war es, die vor ungefähr einem Jahre den Ruhr- und Rheinkampf aus finanziellen Gründen abgebrochen hat. Beim kommenden Wahlkampf ist es Pflicht eines jeden zu wählen. Nicht 60 oder 65 Prozent sollen wählen, sondern 95 und noch mehr Prozent sollen die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ihre Stimme abzugeben, um endlich Klarheit zu schaffen. Es darf keine Parteizersplitterungen geben. Einigkeit ist unsere Rettung! Geben wir unsere Stimmen für die großen Parteien ab, die sich im kommenden Reichstag für unsere Wünsche und Forderungen einsetzen werden. Geben wir uns aber keinen zu großen Illusionen über den neuen Reichstag hin. Alle staatsbejahenden Kräfte müssen gesammelt werden für den Aufbau unseres Vaterlandes. Wir sind nie Gegner des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung gewesen, sondern standen auf dem Standpunkt, daß die Deutschnationalen mit ihren 106 Mandaten dauernd nicht in der Opposition bleiben könnten. Sie mußten zur Mitverantwortung herangezogen werden, da sie ja auch für eine Durchführung des Londoner Paktes zum Teil gestimmt haben. Der Londoner Pakt hat schon ein Ergebnis gezeitigt: Die Befreiung Dortmunds von fremder Besatzung. Bald werden auch andere Städte im Ruhrgebiet dank dieses Paktes geräumt werden.

Sodann sprach der Minister über die Jugenderziehung. „Unsere Jugend muß zum Nationalbewußtsein erzogen werden, sowohl die Knaben als auch die Mädchen, das ein großes sittliches und kulturelles Gut unseres Volkes ist. Alle Staaten sind bereits an eine Neuordnung des Bildungswesens herangetreten. Deutschland ist ebenfalls nicht müßig gewesen und hat mit allen Kräften an einer Reform des Bildungswesens gearbeitet. Diese war aber nicht möglich, von heute auf morgen oder übermorgen."

Redner trat mit beredten Worten für die Einheitsschule in Deutschland ein. Es solle nicht mehr wie bisher in den höheren Schulen das Griechische und Lateinische in den Vorgrund der Sprachkenntnisse gestellt werden, sondern das Deutsche.

Der Minister verbreitete sich sodann über den Katholizismus und den Protestantismus und wies im Zusammenhang hiermit die Vorwürfe zurück, daß er für eine Trennung beider Konfessionen eingetreten

sei. Er habe stets danach gestrebt, daß hier keine Trennung vorgenommen werden solle. Man habe auf dem Grundsatz gestanden::: „Gebt der Kirche, was der Kirche ist, und dem Staate, was des Staates ist!" Man müsse versuchen, die noch bestehenden Gegensätze zwischen beiden Konfessionen auszugleichen, anstatt sie zu verschärfen. „Nur in der Einigkeit liegt unser Heil, nur sie kann uns Rettung bringen!"

Die Rede des Kultusministers wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

*

Die Grundlage aller Sittlichkeit ist die Religion. Kultusminister Dr. Boelitz hat aber während seiner dreijährigen Amtszeit sich nicht als Freund und Förderer der Religion gezeigt. Kürzung des Religionsunterrichts, das war anscheinend seine Devise! Das sieht gar nicht danach aus, als ob er der Kirche geben will, was ihr gebührt. — Die Bedeutung der Kirche weiß Dr. Boelitz auch nicht voll und ganz zu schätzen. Sonst hätte er vor ein paar Jahren hier in Olpe nicht erklären können: „Es ist nicht notwendig, daß die heranwachsende Jugend jeden Sonntag in die Kirche geht. Sie kann auch mal statt dessen draußen im hohen Waldesdom Herz und Sinn zu Gott erheben."

Die sozialistische geistige Verarmung.

In den „Jung-sozialistischen Blättern", einer sozialdemokratisch gerichteten Zeitschrift lesen wir:

„Was bisher an Bildungsarbeit in der Partei geleistet wurde, war, abgesehen von der Tätigkeit der Parteischule, nicht nur ohne eigentlichen Charakter, sondern in vielen Fällen sogar ausgesprochene Dilettantenarbeit. Es war halb Volksbildung, halb Arbeiterbildung, sehr oft konservativer, wenn nicht gar konterrevolutionärer Bildungsbetrieb. Die Kritik richtet sich nicht nur gegen unser Kursuswesen, das immer noch am meisten Charakter hatte, sie bezieht sich auf unsere Bibliotheksarbeit, unsere Frauen- und Jugendbildung, unseren Buchhandel, und nicht zuletzt auch auf unsere Presse. Unserer gesamten Bildungsarbeit haftet nur zu sehr das kleinbürgerliche Schema an und die klare Scheidung der Begriffe in Volksbildung und Arbeiterbildung durch Lasalle hat man in der Partei vergessen. Unser gesamtes Parteiwesen schreit heute nach geistiger Erneuerung. In unserer Millionenpartei herrschten eine geradezu beängstigende Oede und Nüchternheit. Unseren Versammlungen fehlt jede Wärme. unsere Frauenabende halten sich noch auf dem Niveau von vor zehn Jahren, unsere Jugend hält ein inneres Kulturgefühl von der Beteiligung an den Versammlungen ab. Auch nicht der leiseste Hauch lebendigen Atems geht durch unsere Zusammenkünfte. Die Partei ist Zweckorganisation ohne jedes Anzeichen einer Handlung zur Kulturgemeinschaft. So ist es um den seelischen Gehalt unserer Bewegung bestellt. Der geistige, rein intellektuelle Gehalt ist nicht bedeutsamer. Das Parteigehirn ist müde."

So ein Jungsozialist! der gute Mann sieht nur nicht ein, das der Sozialismus, zu einer veralteten Weltanschauung geworden ist, die sich auf dem Wege des Abbruches befindet. Die alten Ideen eines Karl Marx haben sich überlebt und neue staats-, wirtschafts- und gesellschaftsbildende Gedanken fehlen. Wo kein Geist mehr ist, kann er sich nicht auswirken. Darin besteht der sozialistische Bankrott! Deshalb können wir den katholischen Arbeitern, die sich in die sozialdemokratischen Irrgänge verirrt haben, nur zurufen!

Kehret zurück zur katholischen Kirche!
Zurück zum Zentrum!
Die werktätige Frau in Stadt und Land

Wählt Zentrum!

Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses.

Vorbereitung der Reichstags- und Landtagswahlen.

Ein Einzelfall gibt, wie der Amtliche Preußische Pressedienst meldet, dem Minister des Innern Veranlassung, unter Hinweis auf seinen Erlaß vom 31. Oktober ds. Js. darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahl- (Abstimmungs-)Vorsteher nicht befugt sind, bei Entgegennahme der Stimmzettelumschläge aus der Hand der Wähler nachzuprüfen, wieviel Stimmzettel der Umschlag enthält. Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses sind sie insbesondere nicht berechtigt, den Umschlag gegen das Licht zu halten.

*

Die Reichsdruckerei wird in diesen Tagen mit dem Versand der für die Reichstags- und Landtagswahlen zu liefernden Wahldrucksachen (Vordrucke für die Wahl- und Abstimmungsniederschriften der Abstimmungsvorstände nebst Zähl- und Gegenlisten) beginnen. Sie gehen den Land- und Stadtkreisen in Postpaketen zu. Etwa notwendig werdende Nachforschungen dieser Kreise an Drucksachen sind, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, an die Regierungspräsidenten zu richten, denen für unvorhergesehene Fälle ein Vorrat von rund 10 Prozent des Gesamtbedarfs ihres Regierungsbezirks überwiesen wird. Sollten die Land- und Stadtkreise am 30. November nicht in den Besitz der Wahldrucksachen gelangen, so haben sie dem Minister des Innern telegraphisch Anzeige zu erstatten.

Für Einlagebogen zu den Zähl- und Gegenlisten, die von einzelnen Land- und Stadtkreisen bereits angefordert sind, kann der Druckauftrag erst erteilt werden, wenn zu übersehen ist, in welchen Wahlkreisen mit mehr als 12 Kreiswahlvorschlägen zu rechnen ist.

Observer zu den deutschen Wahlen.

WTB London, 30. Nov. Observer schreibt zu den bevorstehenden deutschen Wahlen: Die deutsche Wählerschaft müsse ebenso wie die französische und britische ihren besonderen Beitrag zur weiteren Erholung der Welt leisten. Das Ergebnis der deutschen Wahlen werde nach seiner Wirkung auf die Außenpolitik beurteilt werden. Wenn erklärt werde, es könnte vorteilhaft sein, wenn die Deutschnationalen die Mitverantwortung übernehmen, um selbst zu lernen, daß für die Ruhe Europas keine andere Wahl bleib als die Politik der Erfüllung und des Zusammenwirkens, die auch den Dawesplan zustande brachte, so müßte dem gegenüber gehalten werden, daß diese Lehren allen in Betracht kommenden Parteien leicht zu stehen kommen könnten, bevor sie gelernt seien, daß sie den Deutschnationalen in der Opposition aber immer noch billiger beigebracht werden könnten.

Westminster Gazette zu den bevorstehenden deutschen Wahlen.

WTB London, 1. Dez. Die liberale Westminster Gazette schreibt zu den bevorstehenden Wahlen in Deutschland, ein Sieg Graf Westarps und Ludendorffs würde für Deutschland verhängnisvoll sein. Mit einem wirklich demokratischen Deutschland könne man einer Besserung der deutsch-französischen Beziehungen entgegensehen.

In der Mitte nur das Zentrum!

Die Demokraten schielen nach links; die Volksparteiler nach rechts. Die besten Garantien für entschiedenes Einhalten der bewährten Politik der Mitte liegen beim Zentrum.

Du willst, das es wieder vorwärts und aufwärts geht?

Dann wähle Zentrum!

Deutschland.

Um die Rentenbank-Kreditanstalt.

Von einer besonderen Seite schreibt man uns:

Die in der Berliner Presse erschienenen Nachrichten über die im Reichsrat gepflogenen Verhandlungen betreffend Umwandlung der Rentenbank in eine landwirtschaftliche Kreditbank sind irreführend. Dem Einspruch Preußens haben sich auch die süddeutschen Regierungen angeschlossen. Die Notlage der Landwirtschaft wird anerkannt, und ebenso das Bedürfnis, der Landwirtschaft rasch Kredite zuzuführen. Es besteht aber die unseres Erachtens richtige Auffassung, daß zur Erledigung einer solch wichtigen Angelegenheit Artikel 48 der Reichsverfassung nicht mißbraucht werden dürfe, zumal der Landwirtschaft die jetzt schon verfügbaren Mittel der Rentenbank auf anderem Wege, der insbesondere von der Preußischen Staatsregierung gewiesen worden ist, zugänglich gemacht werden können, wenn die Rentenbank nur will. Im übrigen ist die Angelegenheit im Reichsrat nicht, wie es in Pressenotizen heißt, auf drei Wochen sondern auf nächste Woche zur weiteren Behandlung vertagt. Man wird sich nunmehr in erster Linie anscheinend über die Gründung einer privaten Aktiengesellschaft unterhalten.

Ermäßigung der Postgebühren.

TU Berlin, 30. Nov. Dem Verwaltungsrat der deutschen Reichspost sind für die im Dezember stattfindenden Tagungen Vorlagen wegen Ermäßigung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren zugegangen. Im Auslandsverkehr ist eine Herabsetzung der Gebühr für den einfachen Brief auf 25 Pfg., für die Postkarte auf 15 Pfennig in Aussicht genommen. Für den Postscheckverkehr ist außer einer wesentlichen Ermäßigung der Zahlkartengebühr eine beträchtliche Herabsetzung der Auszahlungsgebühr vorgesehen, dergestalt, daß die Gebühr für Barauszahlungen von eins vom Tausend auf einhalb vom Tausend des Scheckbetrages und für bargeldlose Auszahlungen von ein Viertel auf ein Zehntel vom Tausend des Scheckbetrages ermäßigt werden soll. Weiter wird beabsichtigt, die Wortgebühr für Telegramme im Fernverkehr von 15 Pfennig auf 12 Pfennig herabzusetzen. Im telegraphischen Verkehr soll eine Nahzone auf 75 Kilometer Entfernung mit einer Wortgebühr von 8 Pfg. eingeführt werden. Die Wortgebühr für Ortstelegramme wird von 7,5 auf 6 Pfennig und für Briefteligramme von 10 auf 8 Pfennig ermäßigt. Die Ermäßigung der Fernsprechgebühren soll sich auf die Gesprächsgebühren im Ortsverkehr und im Fernverkehr und auf die Einrichtungsgebühren erstrecken; außerdem soll die Gebühr für das Aufgeben der Telegramme durch Fernsprecher oder durch Nebentelegraphen ganz wegfallen. Die Ortsgesprächsgebühr von 15 Pfg. gilt jetzt nur für einhundert Gespräche im Monat. Bei den überschießenden Gesprächen ermäßigt sich die Gebühr von 100 zu 100 Gesprächen um einen Pfennig. Alle Gespräche, die die Zahl 500 im Monat übersteigen, kosten 10 Pfennig. Der 10 Pfennig-satz tritt bereits bei Ueberschreitung der Zahl 300 ein. Die bei Herstellung neuer Fernsprecheinrichtungen als einmalige Gebühr zu zahlende Einrichtungsgebühr wird bei Hauptanschlüssen von 90 auf 80 und bei Nebenstellen von 60 auf 40 Mark herabgesetzt. Die Gebührenänderung soll im wesentlichen am 1. Januar 1925 in Kraft treten. Die neuen Post- und Fernsprechgebühren können jedoch wegen der nötigen umfangreichen Vorbereitungen für den Betrieb erst vom 1. Februar 1925 an erhoben werden.

Der Auslandskredit für die Reichsbahn.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben::

Die Tatsache, daß der auf Grund der Londoner Vereinbarungen geschaffenen Deutschen Reichsbahngesellschaft nunmehr ein Kredit von 60 Millionen Goldmark durch ein großes ausländisches Konsortium eingeräumt worden ist, muß in ihrer wirtschaftspolitischen, aber auch in der allgemeinpolitischen Bedeutung hoch eingeschätzt werden. Nachdem in den letzten Wochen, sofort nach dem Zustandekommen der großen internationalen Anleihe eine ganze Reihe, vornehmlich privater Kreditoperationen zwischen Deutschland, England und Amerika abgeschlossen wurden, nachdem dieser Tage durch das Newyorker Bankhaus Speyer und Co. der Deutschen Bank ein effektiver Kredit von 40 Goldmillionen Mark durch Uebernahme von Aktien der Deutschen Bank eingeräumt worden ist, muß diese neue Kreditzuwendung an die Deutsche Reichsbahn ganz besonders bemerkt werden.

Die Reichsbahn in ihrer heutigen Betriebsform ist nach kaufmännischen Gesichtspunkten und demgemäß durchaus privatwirtschaftlich gestaltet. Dieser Umstand dürfte wohl auch die Grundlage für das jetzige Kreditgeschäft abgegeben haben. Die Reichsbahngesellschaft beabsichtigt, den Betrieb der Reichsbahn künftig nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu gestalten, und zu führen und das bedingt naturgemäß ganz erhebliche Ausgaben, die zunächst nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Insbesondere wird es sich darum handeln, eigene Betriebe zu schaffen oder bestehende einzugliedern, um die größtmögliche ökonomische Ausnutzung der Kräfte herbeiführen zu können. Weiter kommt es darauf an, den Verkehr, und zwar sowohl den Personen- wie den Güterverkehr zu beleben u. das ist nur möglich, einmal durch reichlichere Einstellung von Wagen und zum zweiten durch eine bessere Ausstattung. Es ist beispielsweise beabsichtigt, die für den unmittelbaren Reiseverkehr auf beiden Strecken bestimmten Wagen mit erhöhten Bequemlichkeiten auszustatten, zum anderen sollen für den Güterverkehr zum Transport bestimmter Gegenstände Sonderwagen geschaffen werden. Alles das sind Anlagen, die recht erhebliche Kapitalien erfordern. Trotzdem braucht der jetzt mit einer sehr bedeutenden amerikanischen Finanzgruppe abgeschlossene Kredit nicht sofort in Anspruch genommen zu werden. Die Lauffrist erstreckt sich bis zum 31. Januar 1926. Die technischen Vorbereitungen für die oben erwähnte Umgestaltung sind aber in allen Einzelheiten bereits abgeschlossen, und diese Dispositionen wurden ja auch zur Grundlage des Geschäftes selbst gemacht. Jedenfalls wird die Reichsbahngesellschaft nunmehr an die Vergebung größerer Aufträge gehen können, für die insbesondere die Waggonindustrie, aber auch die Maschinen- und Metallindustrie in Frage kommt. Es ist beabsichtigt die betriebstechnische Umgestaltung in der oben beschriebenen Form schon mit kommendem Frühjahr in die Wege zu leiten. Auf alle Fälle ist dieser Auslandskredit, den die Deutsche Reichsbahngesellschaft nunmehr erhält, abermals ein Zeichen dafür, daß das Vertrauen des Auslandes in die wirtschaftlichen Fähigkeiten Deutschlands auch weiterhin sich erhalten hat, und daß die künftigen Aussichten der deutschen Wirtschaft durchaus günstig beurteilt werden. si

Die Umgruppierung der Rechtspflege in Preußen.

WTB Berlin, 27. Nov. Die Umgruppierung der Rechtspflege in Preußen nach der bekannten Verordnung der Reichsregierung ist, wie eine amtliche Verlautbarung aus dem Justizministerium besagt, erfolgreich durchgeführt worden. Die neuen Strafgerichte, insbesondere die Schöffengerichte unter Leitung von Vorsitzenden, die für ihren verantwortungsreichen Posten nach Richtlinien der Justizverwaltung mit besonderer Vorsicht ausgewählt werden, haben sich durchaus bewährt. Dies kommt insbesondere darin zum deutlichen Ausdruck, daß die Zahl der Berufungen in Strafsachen stark zurückgegangen ist und selbst hinter dem vorsichtigen und optimistischen Voranschlag der Justizverwaltung stark zurückgeblieben ist. Erhebliche Schwierigkeiten begegneten der durch Verordnung der Reichsregierung angeordneten Zivilprozeßreform, die am 1. Juni, nur zwei Monate nach der Umgruppierung der Strafgerichte, in Kraft trat. Dort liegt der Schwerpunkt aller Vorarbeiten in den Händen des einzelnen Richters, womit auch auf dem Gebiete der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten an die Richter erhöhte Anforderungen gestellt worden sind. Schwierigkeiten sind dadurch erwachsen, daß infolge der außergewöhnlichen Kreditnot eine so stürmisch zunehmende Geschäftsanhäufung namentlich in Mahnsachen eintrat, wie sie im deutschen Rechtsleben wohl ohne Beispiel ist.

Ausland.

Eine Rede Herriots in St. Dié und Epinal.

WTB Paris, 30. Nov. Ministerpräsident Herriot ist in Begleitung des Unterrichtsministers in St. Die in den Vogesen angekommen. Bei seinem Eintreffen machten einige Gegner den Versuch, den Ministerpräsidenten auszupfeiffen. Diese Kundgebungen wurden, wie Havas berichtet, durch die Ovationen der Anhänger Herriots erstickt. In St. Die besuchte Herriot das Grab von Jules Verne und sagte bei einem Essen, das ihm zu Ehren gegeben wurde: Ich empfehle allen Einigkeit für den Frieden und die Sicherheit. Es ist unsinnig zu behaupten, daß wir die Rechte Frankreichs aufgegeben. Frankreich kann nur leben, wenn ihm die Sicherheit gewährt wird, auf die es Anspruch hat. Diese These habe ich in Genf zum Siege geführt. Schiedsgericht, Entwaffnung und Sicherheit, auf diese drei Punkte sind meine Augen fortwährend gerichtet. Frankreich kann es sich zur Ehre rechnen, in Genf zu diesen Punkten ausgesprochen zu haben, die nicht voneinander getrennt werden können. Frieden im Innern und Frieden nach außen, das ist das schönste Ziel für mich. Das französische Volk darf nur eine Gesinnung haben: „Die Einigkeit".

In Epinal trat Herriot mittags ein. Kurz darauf fand ihm zu Ehren in der großen Industriehalle ein Bankett statt, an dem 3000 Personen teilnahmen. Nach der Liberte sollen auch bei seiner Ankunft in Epinal Kundgebungen seiner Gegner stattgefunden haben.

Eine Mitteilung des deutschen Botschafters von Hoesch an die französische Regierung.

Berlin, 1. Dez. Wie die Blätter berichten, hat der deutsche Botschafter von Hoesch im Zusammenhang mit der Erledigung des Falles Nathusius der französischen Regierung mitgeteilt, daß die deutsche Regierung bereit ist, künftighin in strittigen Fällen in der gleichen Weise vorzugehen wie die französische Regierung im Falle Nathusius. Es schweben bereits seit etwa 8 Wochen Verhandlungen über den gegenseitigen Austausch von Gefangenen, die nicht unter das Londoner Abkommen fallen.

Wichtige Reparationsverhandlungen.

werden in der laufenden Woche in Berlin abgehalten. Es handelt sich um eine Sitzung des sogenannten Transfer-Komitees, in welcher unter anderem über die bei den jetzigen Handelsvertragsverhandlungen mit England und Frankreich eine große Rolle spielende Frage der 26prozentigen Reparationsabgaben verhandelt wird. Bei den jetzt abgeschlossenen Abmachungen mit England ist diese Frage ausgeschieden worden, bei den französischen Verhandlungen spielt sie eine noch viel schärfere Rolle und die alliierten Regierungen haben Deutschland gegenüber den Vorschlag gemacht, diese Angelegenheit durch das Transfer-Komitee, das ja auf der Grundlage der Londoner Vereinbarungen bez. des Dawes-Gutachtens eingerichtet worden ist, behandeln zu lassen. Jedenfalls wird auf die Entscheidung, die dieses Komitee trifft, außerordentlich viel, für die Behandlung dieser, für die deutsche Ausfuhr lebenswichtigen Fragen ankommen.

Handelsvertragsverhandlungen.

Die Einzelheiten der deutsch-englischen Handelsabmachungen

sind nach englischer Quelle folgende: Der Vertrag soll nach der Ratifizierung durch die beiden Parlamente Anfang nächsten Jahres in Kraft treten. Der Vertragsentwurf enthält den Vertrag, zwei Anlagen und ein erläuterndes Protokoll. England erhält: Meistbegünstigung. Garantie gegen Beschränkungen der englischen Ausfuhr nach Deutschland, daß Versprechen, daß keine unterschiedliche Behandlung englischer Waren in Deutschland stattfinden wird, besondere Vorteile für gewisse Waren, wie Motorräder Textilwaren, Maschinen und Sportartikel. Deutschland erhält: Die Befreiung von allen Beschränkungen, die England seinem früheren Feinde auferlegte, der jetzt wie alle anderen Ausländer behandelt werden soll sowie Erleichterung bezüglich des Bankwesens. Die Frage der 26prozentigen Reparationsabgabe bleibt offen, aber man hofft und erwartet, daß diese Schwierigkeit überwunden werden wird. Sowohl die englischen wie auch die deutschen Unterhändler sind über den Erfolg ihrer Arbeit sehr befriedigt und obwohl der Vertrag noch von dem deutschen und dem englischen Parlament zu ratifizieren ist, ist nicht anzunehmen, daß sich besondere Schwierigkeiten ergeben.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

hofft man in der laufenden Woche soweit zu fördern, daß auch hier die Grundsätze der neuen Vereinbarungen feststehen. Die Grundlagen des Uebereinkommens stehen heute schon im wesentlichen fest. Es handelt sich jetzt um die freilich sehr schwierigen Einzelberatungen, und hier ist es insbesondere die Frage von Stahl und Eisen, deren Regelung in den beiderseitigen Handelsbeziehungen am meisten Schwierigkeiten bereitet.

Gewerkschaften und Handelsverträge.

Berlin, 1. Dez. Der Vorstand des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat an die Reichsregierung den Antrag gestellt, den Freien Gewerkschaften bei der bevorstehenden Schaffung des großen Verhandlungsausschusses für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen eine angemessene Vertretung einzuräumen, ferner bei künftigen Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen eine angemessene Vertretung der Freien Gewerkschaften von vornherein hinzuziehen. Die Spitzenverbände der übrigen gewerkschaftlichen Richtungen wollen sich mit ähnlichen Anträgen an die Regierung wenden.

Italienisch-russisches Petroleumabkommen.

TU Paris, 30. Nov. Wie die Blätter aus Rom melden, hat eine italienische Petroleumverbrauchergesellschaft mit dem russischen Naphtasyndikat einen Vertrag abgeschlossen, nach dem Italien im Jahre 1925 120 000 Tonnen Brennstoffe geliefert werden. Dieser Vorrat reicht für die Bedürfnisse der gesamten italienischen Industrie aus. Die Blätter heben die politische Bedeutung des abgeschlossenen Vertrages hervor.

Kurze Berichte vom Tage.

Die noch für das laufende Jahr in Aussicht gestellte Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris über die Verteilung der Einkünfte der Ruhrbesetzung, sowie über die Anwendung des Dawesplanes ist bis zum Ende der ersten Januarwoche verschoben worden.

*

Churchill trat bei Erwägung der britischen Antwortnote an die Sowjetregierung für einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland ein. Fast das ganze Kabinett soll dem zugestimmt haben.

*

Wie Times aus Kairo melden, habe die ägyptische Regierung auch den Rest der in der britischen Note vom 23. November enthaltenen Bedingungen angenommen.

*

Die Pariser Polizei nahm große Verhaftungen vor. Es handelt sich um einen großangelegten Betrug einiger Firmen, die auf dem Schlachtfelde Kupfer und anderes Material aufgelesen und den Erlös hinterzogen haben. Der Verlust des Staates beläuft sich auf 900 000 Franken.

England und Aegypten.

WTB London, 1. Dez. Eine hier veröffentlichte Reuternote besagt, die Lage im Sudan sei ernst, aber keineswegs kritisch. Im Sudan befänden sich sechs Bataillone sudanesischer und drei Bataillone britischer Truppen.

WTB London, 2. Dez. Nach einer Reutermeldung aus Kairo ist die gestörte telegraphische Verbindung mit Chartum wiederhergestellt. Der Reiseverkehr nach dem Sudan ist noch nicht gestattet.

WTB London, 1. Dez. Nach einer Reutermeldung wurde am 27. 11. das Feuer auf die Aufrührer in Chartum erst eröffnet, nachdem der Reisvertretende Sirdar sie persönlich aufgefordert hatte, sich zu ergeben. Die Aufrührer antworteten mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und zogen sich dann in der Dunkelheit zurück. Der Hauptteil der Aufrührer setzte sich am 28. November in einem Nebengebäude des Militärkrankenhauses fest. Bei der Annäherung von Truppen eröffneten die Aufrührer ein Feuer, worauf das Gebäude von Artilleriefeuer beschossen wurde. Bei der Beschießung wurden ein eingeborener Offizier und 14 Aufrührer, die sich in dem Gebäude befanden, getötet. Mit Ausnahme weniger, denen die Polizei auf der Spur ist, ergaben sich die Ueberlebenden. Das Verhalten der anderen arabischen und sudanesischen Truppen ist ausgezeichnet.

Revoltierende sudanesische Soldaten töten Offiziere und Mannschaften der britischen Armee.

WTB London, 1. Dez. Nach einer Meldung des Daily Expreß aus Chartum sind bei einer Revolte der dortigen sudanesischen Truppen 6 Offiziere und 11 Mann der britischen und ägyptischen Truppen getötet worden. Ein Offizier und 11 Mann wurden verwundet. Die meuternden sudanesischen Truppen haben große Verluste erlitten. Eine beträchtliche Zahl der Truppen ist getötet worden.

Soziales.

Der Reichsarbeitsminister zur Arbeitszeitfrage.

Der Reichsarbeitsminister Brauns äußerte sich in einer Versammlung zur Arbeitszeitfrage und führte etwa folgendes aus:

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ist die brennendste Frage die Frage der Arbeitszeit. Gegenüber dem immer wiederkehrenden Vorwurf, daß gerade der Arbeitsminister es gewesen sei, der im Spätherbst 1923 den Achtstundentag abgeschafft habe, muß erneut festgestellt werden, daß sich damals über die Unmöglichkeit der Beibehaltung des

schematischen Achtstundentages die gesamte öffentliche Meinung und alle Parteien, von der Sozialdemokratie bis zur äußersten Rechten, einig waren. Auch haben sich die gesamten Parteien über den wesentlichen Inhalt des damaligen Gesetzes geeinigt. Es ist nicht wahr, daß der Achtstundentag allgemein abgeschafft wäre. Die Mehrzahl der Betriebe und annähernd die Hälfte der Arbeiterschaft werden auch heute noch normalerweise acht Stunden am Tage beschäftigt. Die einschneidendsten Aenderungen mußten in der Schwerindustrie, insbesondere in der Schwereisenindustrie, vorgenommen werden. Aber gerade hier waren bei der Eigenart der Betriebe und angesichts der furchtbaren wirtschaftlichen Notlage (Micumverträge) die Verhältnisse besonders zwingend. Die Reichsregierung hat die damalige Arbeitszeitverordnung stets als Notverordnung angesehen. Die neuen Arbeitszeitgesetze die die Verordnung vom Dezember 1923 ablösen sollen, sind im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung und werden von dem neuen Reichstag zu erledigen sein.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Deutschland, Deutschland über alles.

)*(**Olpe**, 1 Dezember

Der deutschnationale Redner forderte in der Versammlung zu Olpe am letzten Donnerstag zum Schlusse alle Anwesenden auf, das Deutschlandlied zu singen. Dieser etwas stark im Kommandoton gestellten Aufforderung folgten nicht alle Anwesenden, u. a. auch nicht viele Vertreter der Zentrumspartei. Darüber regen sich die Herren Deutschnationalen nun furchtbar auf und werfen dem Zentrum Mangel an Nationalbewußtsein usw. vor.

Darum möchten wir den Deutschnationalen folgendes ins Stammbuch schreiben:

1. Der Redner des Abends, Abg. Rippel, hatte das Zentrum derartig durch **unwahre Behauptungen und unsachliche Verdächtigungen beleidigt**, daß wir es für unter unserer Manneswürde hielten, seinem Kommando, das Deutschlandlied zu singen, zu folgen.

2. Die Deutschnationalen haben **bisher nichts getan**, um Deutschland **innerlich zu einigen**; sie haben vielmehr sich nach allen Kräften emüht, das Volk zu **zerreißen. Sie** haben also **wirklich keine Berechtigung**, von denkenden Deutschen zu **verlangen**, daß man **mit ihnen** singt: „ . . . . wenn es stets zu Schutz und **Trutze brüderlich zusammenhält.**"

3. Die Deutschnationalen erkennen den heutigen Staat nicht an. Sie verhöhnten und verspotteten auch an dem Donnerstagabend die Verfassung, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung. Sie rüttelten also mit vollem Bewußtsein und mit all ihrer Kraft an den Grundfesten unseres heutigen Deutschland. — Und mit **diesen Staatsverneinern und Staatszerstörern** soll man — auf ihr Kommando hin — mitsingen: „Deutschland, Deutschland über alles"? Dann machte man sich ja lächerlich.

)—(**Olpe**, 2. Dez. Zu der gestrigen Notiz betr. **Stadtverordnetensitzung** sei berichtigend mitgeteilt, daß die Sitzung nicht Freitag, sondern Donnerstagabend 6 Uhr stattfindet. Die Tagesordnung ist noch durch folgenden Punkt erweitert worden: Bewilligung eines Zuschusses für den Erweiterungsbau des Attendorner Gymnasiums.

)(**Olpe** 2. Nov. **Mitnahme von Handgepäck.** Die Reisenden werden auf die Beachtung der Bestimmungen über die Gewichtsgrenzen des in den Abteilen zugelassenen Handgepäcks aufmerksam gemacht. Die Zugbeamten sind erneut angewiesen worden, streng darauf zu halten, daß Handgepäck und Traglasten die zugelassenen Gewichtsgrenzen nicht überschreiten und keinen größeren Raum einnehmen, als den Reisenden gestattet ist. Wer sich vor Weiterungen und Zahlung der Strafzuschläge schützen will, wird gut daran tun, den Umfang seines Handgepäcks den Vorschriften anzupassen.

:: **Olpe**, 1. Dez. **Postsendungen mit ungenügender Anschrift.** Mängel in der Aufschrift von Postsendungen, namentlich das Fehlen von Straße und Hausnummer, sowie Nummer der Zustellpostanstalt bei Sendungen nach Großstädten, wie Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, München, wirken für Post und Publikum außerordentlich nachteilig. Briefsendungen nach großen Orten, die keine Straße und Hausnummer tragen, zählen bei jeder größeren Zustellpostanstalt täglich nach Tausenden. Man stelle sich vor, welche ungeheuere Mühe und welchen Aufwand an Zeit und Kosten es bei der Post erfordert, täglich solche Massen von Sendungen durch Benutzung von Nachschlagwerken aller Art unterzubringen. In der Regel tritt dadurch noch eine Verzögerung in der Zustellung solcher Sendungen ein. Abhilfe kann der Absender schaffen, wenn er bei Postsendungen, namentlich nach großen Orten, stets die genaue Wohnungsangabe des Empfängers hinzufügt. Zur Erzielung vollständiger Aufschriften kann jedermann viel beitragen, wenn er bei den von ihm ausgehenden Postsendungen auf den Briefbogen, Briefumschlägen, Rechnungen usw. stets der Ortsangabe seiner Straße und Hausnummer hinzufügt.

Werden diese oft wiederholten Hinweise von den Postbenutzern nicht beherzigt, so wird man es der Reichspost nicht verübeln können, wenn sie die ihr meist durch Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit entstehenden, die Allgemeinheit belastenden Kosten durch Erhebung einer besonderen Gebühr auf die Schultern derjenigen abbürdet, die jene unnötige Arbeit verursachen.

00 **Kühlingshausen**, 2. Dez. **Der Delegiertentag des M. G. V. Concordia.** Wir weisen auch an dieser Stelle nochmals auf den am Montag, dem 8. Dezember, stattfindenden Delegiertentag des M. G. V. Concordia hin. Die bereits schriftlich eingegangenen vielen Zusagen, sowie die nachträgliche Stiftung von 3 Sonderpreisen (Höchstpreise) beweisen wiederum, welcher Beliebtheit sich die Concordia im ganzen Kreise erfreut.

?? **Drolshagen**, 2. Dez. **Kinder haben einen guten Schutzengel.** Am Sonntag, dem 30. Nov., nachmittags 2 Uhr, wurde das 5jährige Töchterchen des Hirten Ziegeweidt von hier auf der Hagenerstraße von dem Auto eines Olper Geschäftsmannes überfahren. Wie mehrere Augenzeugen aussagen, trifft den Fahrer durchaus keine Schuld, da er in mäßigem Tempo fuhr, auswich und seinen Wagen sofort zum Stillstand brachte. Zwei hinzuspringende Männer zogen das bewußtlose Kind unter dem Wagen hervor und brachten es zum Arzt, der außer einigen Hautabschürfungen am Kopf weiter keine Verletzungen konstatieren konnte.

Sport.

D. J. K. Drolshagen 1. Jgd. — W. S. V. Bergneustadt 1. Jgd. 1 : 0.

Auf dem Drolshagener Sportplatze standen sich die Fußballmannschaften Westdeutscher Spielverband Bergneustadt (A-Klasse 1. Jugendmannschaft) und 1. J. M. der D. J. K. Drolshagen im Wettspiel gegenüber. Ein äußerst lebhaftes Spiel setzte gleich bei Beginn ein. Nach etwa 10 Minuten Spieldauer gelang es den Drolshagenern, den ersten Ball einzusenden. Der nun auf beiden Seiten einsetzende Spieleifer ließ es vor Halbzeit wie auch danach zu keinem Treffer kommen. So endete das flotte Spiel mit dem Ergebnis 1 : 0 für Drolshagen. Der von den Gästen gestellte Schiedsrichteter leitete das Spiel korrekt.

Provinzielles.

WTB Siegen, 2. Dez. (Drahtb.) **Furchtbare Ueberfallkatastrophe.** Gestern nachmittag gegen 6 Uhr wurde auf die Villa des Direktors der Kalksteingruben in Halger bei Siegen ein Ueberfall verübt. Eine Horde von 20—25 Mann stürmte die Villa. Die sich entgegenstellenden Personen wurden erschlagen. Der Direktor selbst wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Seine Frau, seine Schwiegermutter, eine zu Besuch weilende Dame, 3 Büroangestellte, ein Gärtner und ein Arbeiter wurden getötet. Nach vollbrachter Tat steckten die Räuber die Villa in Brand. Die Leichen wurden teilweise verkohlt aufgefunden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Man nimmt an, daß die Räuber es auf eine große Summe Lohngelder, die in der Villa aufbewahrt wurden, abgesehen hatten.

WTB Schwerte, 1. Dez. **Familiendrama.** Im benachbarten Wengsen mißhandelte, wie so oft, der dem Trunke ergebene Bergmann Großmann Frau und Kinder. Er warf ein kleines Mädchen zum Fenster hinaus, sodaß dieses einen Arm brach. Dann wandte er sich mit einem Messer gegen seinen mit Zerkleinern von Holz am Hofe beschäftigten 15 Jahre alten Sohn. In diesem Augenblick kam Großmanns 22 Jahre alter Stiefsohn nach Hause, der von Großmann ebenfalls angegriffen wurde. In der Notwehr nahm der Stiefsohn ein Beil und schlug den Wüterich zu Boden. Der Schlag auf den Kopf war so wuchtig, daß Großmann alsbald starb.

WTB Schwerte, 2o. Nov. **Tödlicher Unglücksfall.** Auf der großen Hütte kam ein Drahtzieher mit seinen Kleidern den Drähten zu nahe. Er wurde solange herumgeschleudert, bis der Tod eintrat.

WTB Nachrodt, ' Nov. **Schweres Autounglück.** Ein schweres Autounglück, ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr auf der Strecke nach Einsal. Bei dem Versuch, vor einem herkommenden Fuhrwerk auszuweichen, fuhr ein Auto, das mit zwei Personen besetzt war, gegen einen Baum, wobei der erste Insasse, Ernst Wirth, Sohn des Gasthausbesitzers zu Nastatt, herausgeschleudert wurde und tot auf der Stelle blieb, während der zweite Insasse mit Namen Hellmuth Becker schwer verletzt wurde, sodaß seine Ueberführung ins Johannishospital nach Altena erforderlich war.

WTB Köln, 1. Dez. **Ein neuer Film: „Wer wiest den ersten Stein".** Die Neuland-Kinematographie, Köln, hat es dankenswerterweise übernommen, ein bisher noch wenig behandeltes Problem zu verfilmen, für das die gesamte Oeffentlichkeit ein großes Interesse haben wird. Sie bereitet einen Großfilm vor (ein Teil ist bereits fertiggestellt), der obigen Titel trägt und Jugendnot, Großstadtverführung, Jugendverwahrlosung und Jugendrettung behandelt. Durch Mitwirkung erster Kräfte sind einwandfrei künstlerische Bilder in Darstellung und Aufnahme zu erwarten. Es wird von Kennern versichert, daß der Film ein Zugstück für alle Kinos zu werden verspricht.

WTB Köln, 1. Dez. Der weithin bekannte Dirigent des Kölner Männergesangvereins **Prof. Joseph Schwartl**, feierte seinen **77. Geburtstag**. Nach der glücklich überstandenen Lungenentzündung im vergangenen Sommer ist er vollkommen wiederhergestellt und hat auch seine Tätigkeit als Dirigent wieder aufgenommen.

WTB Köln, 1. Dez. **Glockenweihe der St. Petersglocke in Köln.** In Gegenwart einer großen Zahl geladener Gäste, darunter Vertreter der kirchlichen, staatlichen und städtischen Behörden unter Teilnahme einer riesigen Menschenmenge fand heute vormittag 10 Uhr vor dem festlich geschmückten Portal des Domes die Glockenweihe der neuen St. Petersglocke durch den Erzbischof Kardinal Dr. Schulte statt. Die Glocke wurde aus Beitragen der Reichsregierung, der preußischen Staatsregierung und privater Stifter als Ersatz für die im Kriege abgebaute Kaiserglocke beschafft. Bei der Weihe hielt Kardinal Dr. Schulte eine Ansprache, in der er u. a. betonte, daß die neue Petersglocke gleich der Kaiserglocke das Symbol der Einheit des deutschen Volkes und ein Sinnbild des endlich wiedererlangten Friedens und der Völkerversöhnung sein solle. Vom Kölner Dom an dem deutschen Rhein solle sie Liebe, Freiheit und Frieden läuten. Am heiligen Weihnachtsabend werde zum ersten Male ihre gewaltige Stimme erschallen mit einer frohen Friedensbotschaft an die Welt.

WTB Wellendorf, 1. Dez. **Gräberfunde.** Hier fanden Arbeiter beim Legen der Wasserleitung in der neuen Straße auf der Büng eine große und sechs kleine Urnen, die Knochenreste enthielten. Die kleinen Urnen waren zum Teil sehr gut erhalten. Zahlreiche Funden von Gräbern und Urnen lassen darauf schließen, daß sich hier einst ein großes Gräberfeld handelt. Die Funde werden dem Kreismuseum übergeben.

Vermischtes.

Das Rotorschiff keine englische Erfindung.

Berlin, 2 Nov. Der Flettner-Konzern teilt mit: Durch die Zeitungen ist in den letzten Tagen eine Notiz gegangen, die besagt, daß in England ein Rotorschiff schon vor mehreren Jahren erfunden worden sei. Die betreffende Patentschrift liegt uns vor, und wir haben aus derselben ersehen, daß sie mit dem Flettner-Rotorschiff nichts zu tun hat. Die beiden Erfinder hatten niemehr vor, ein horizontrale Walze zu benutzen, die mit einer Spirale versehen war, eine Anordnung, deren Nutzeffekt gleich Null ist. Es ist noch weiter darauf hinzuweisen, daß die Erfinder an eine Verwendung für das Segel überhaupt nicht dachten und daß sie bisher ihre Idee, die sie 1915 gefaßt haben, nicht für die Praxis reif machen konnten.

Verleihung des Doktorentitels an eine Frau.

Berlin, 1. Dez. Die Schriftstellerin und Vermittlerin norddeutscher Literatur, Frau Mathilde **Mann**, wurde von der Universität Rostock, durch die Verleihung des Doktortitels ehrenhalber ausgezeichnet. Sie ist die erste Frau, der eine Ehre dieser Art zuteil geworden ist.

Wirtschaftliches.

Steuermilderungen.

WTB Berlin, 30. Nov. (Drahtb.) Die preußische Finanzverwaltung ist, wie wir erfahren, gemäß ihrer Zusage bei der Ermäßigung der Reichssteuern entschlossen, auch bei den Steuern der Länder und Gemeinden eine Ermäßigung eintreten zu lassen. Dabei werden besonders die Gewerbesteuer und die Grundsteuer berücksichtigt. Wie weit dabei gegangen werden kann, wird allerdings von der Finanzlage abhängen.

Weitere Steuerwünsche.

)(**Berlin**, 1. Dez. Der **Deutsche Gewerkschaftsbund** hat an den Reichsfinanzminister, wie „Der Deutsche" mitteilt, eine Eingabe gerichtet, in der er bittet, mit möglichster Beschleunigung eine Erweiterung der Verordnung über wirtschaftlich notwendige Steuermilderungen herbeizuführen. Es werden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Der Werbungskostensatz ist auf 75 Reichsmark zu erhöhen, 2. Lohn- oder Gehaltsempfänger werden von der Lohnsteuer befreit, wenn sie nachweislich vier oder mehr Kinder oder unterhaltsberechtigte Familienangehörige von ihrem Arbeitseinkommen zu unterhalten haben; 3. die Umsatzsteuer für den Verkehr mit Brotgetreide, Mehl, Kartoffeln, Fleisch und Fett wird aufgehoben; 4 werden Maßnahmen gefordert, die darauf abzielen, daß die vorgeschlagene Beseitigung der Umsatzsteuer sich in voller Höhe im Verbraucherpreis auswirke; 5. zur Durchführung der Maßnahmen ist die Hilfe der Verbrauchsorganisationen in Anspruch zu nehmen.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB Elberfeld, 1. Dez. Auftrieb: 701 Stück Großvieh, davon 24 dänischer, 13 schwedischer Herkunft, 20 Ochsen, 95 Bullen, 359 Färsen und Kühe, 42 Fresser, 2151 Schweine, 325 Kälber, 195 Schafe.

1. Rinder. A. Ochsen. a 52—54, b 48—50, c 38—42, d 25—33.

B. Bullen. a 42—45, b 34—38, c 25—32.

C. Färsen und Kühe. a 50—52, b 46—48, c 35 bis 40, d 25—30, e 15—24.

D. Jungvieh. a 25—35.

2. Kälber. 3. Schafe. A. Stallmastschafe. B. Weideschafe. a35—40, b 20—30.

4. Schweine. a 68—70, b 71—73. c 74—75, e 60 bis 65, f 60—68.

Tendenz des Marktes: In allen Gattungen schleppend. Einige ausgesuchte Tiere über Notiz.

Feine Lederwaren

Aktentaschen
Schultornister
Schultaschen

Damentaschen
aller Art
Einkaufsbeutel

Bevor Sie Lederwaren kaufen, besichtigen Sie bitte ohne Kaufzwang meine reichhaltige Auswahl und die günstigen Preise.

Zigarrenetuis
Brieftaschen
Portemonnaies

Reisetaschen
Reisekoffer
Necessaires

C. Josef Harnischmacher, Olpe.

Dixin

macht Dir das Waschen leicht — es ist in Güte unerreicht;

beim Waschen

Scheuern und beim Putzen ist es von allergrößtem Nutzen!

Anzeigen im „S. V." haben Erfolg.

Amtliche Bekanntmachung.

Die durch meine viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 21. November (veröffentlicht in Nr. 276 dieses Blattes) über das Gehöft des Bäckermeisters Hermann Kost zu Attendorn verhängte Gehöftsperre wird hiermit zurückgenommen.

Olpe, den 27. November 1924.

Der Landrat.
Dr. Freusberg.

Goldmark-Eröffnungsbilanz (Umstellungs-Bilanz auf Grund Verordnung 28. 12. 1923.

Beratung, Gutachten, Aufstellung bezw. Entwurf der erforderlichen Bilanzen, Berichte, Protokolle, Anmeldungen usw. durch **Ferdinand Beier** von der Handelskammer Siegen öffentlich angestellter und beeidigter Bücherrevisor (von dieser auch vorgeschlagen als Schlichter bei dem von der Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern zu errichtenden Schiedsgericht über Goldbilanzstreitfragen).



Fichtenpflanzen V. u. S.,
Topf- und Balkontannen, hochst. Allee- und Straßenbäume, vered. Süß-Ebereschen etc.
in la. Sauerländ. Gebirgsware empfehlen (m200)
Gebr. Hanses, Rinseke b. Kirchhundem i. W.

Statt besonderer Anzeige,



Todes-Anzeige.

Nach Gottes hl. Willen entschlief heute abend 8 Uhr sanft und gottergeben mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Rentner

Franz Joseph Brüser.

Er starb nach langem schweren mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlichen frommen Lebenswandel nach andächtigem Empfang der hl Sterbesakramente im Alter von 68 Jahren.

In tiefer Trauer:

Frau Frz. Jos. Brueser, Auguste geb. Bentmann
Mary Ray, geb Brueser
Edward Ray
u. 2. Enkelkinder.

Olpe, Freeport (Nord Amerika), Pittsburg, Berlin, Siegen, Gesecke, Metz und Duisburg, den 30. Nov. 1924.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 4. Dezember vormittags 9 Uhr, das feierliche Levitenamt am Donnerstag, morgen 7 Uhr statt.
Abends 8 Uhr wird in der Rochuskapelle für den lb. Verstorbenen gebetet.

Das hätte ich eher wissen sollen!



Jetzt erspare ich M. 1,50 an jedem Pfund, wofür ich bisher M. 3,50 bezahlte, und zwar durch Verwendung der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband". Wenn Sie ebenfalls einen Versuch machen, so werden Sie sich fragen: Warum habe ich nicht schon eher „Schwan im Blauband" verwendet? Das feine Aroma beim Brotaufstrich und die vorzüglichen Eigenschaften beim Ausbraten verdankt „Schwan im Blauband" dem unvergleichlichen Kirnverfahren, nach welchem sie hergestellt ist.

Das Halbpfund-Paket 50 Pf.



Schwan im Blauband frisch gekirnt

Die glückliche Geburt eines gesunden

Jungen

zeigen an

C. Josef Harnischmacher u. Frau
Sofie geb. Nölke

Olpe, 1. Dezember 1924.



Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, Sonntag morgen 6 Uhr unseren lieben guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Oberpostschaffner a. D.

Winand Müller

nach langem Leiden, doch plötzlich und unerwartet, gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente im Alter von 69 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

namens der trauernden Hinterbliebenen:

Oswald Hohleweg und Frau
Dorothea geb. Müller
Heinrich Bechheim und Frau
Maria geb. Müller
Agnes Müller
Albert Rölle und Frau
Regina geb. Müller
Winand Müller
Anna Müller
Joseph Müller
und 4 Enkelkinder

Olpe, Duisburg, Detroit (N.-A.) **und Lütringhausen,** den 30. November 1924.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 4. Dezember, morgens 8½ Uhr mit vorausgegangenem Seelenamt.

Dienstag und Mittwoch abends 8 Uhr wird in der Rochuskapelle für den lieben Verstorbenen gebetet.

Katholischer Gesellenverein Olpe.

Sonntag starb unser liebes Ehrenmitglied

Franz Josef Brüser.

Wir betrauern in ihm einen begeisterten Freund der Kolpingssache, der an dem Geschicke auch unseres Vereins stets den größten Anteil nahm, weshalb wir Ehrenmitglieder und Mitglieder um zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung und an dem Seelenamt dringend bitten. †4053

Der Vorstand.

Für Weihnachtskäufe besondere Gelegenheit!

Ich habe einen Posten guter

Schuhwaren

unter Preis erworben und stelle diesen zu

fabelhaft billigen Preisen

ab Montag, den 1. Dezember, zum Verkauf.

Herren-Stiefel
schwarz 10,50 braun 14,50

Herren-Halbschuhe
schwarz 10,50 braun 11,50

Damen-Halbschuhe
braun Schnür 8,50 braun Rahmen 10,50
braun Spangen 8,50

Mädchen-Stiefel
Ia. braune Boxcalf und Rindbox
31/35 7,50 — 25/26 5,50

Lack-Schnürschuhe

für Mädchen	31/35	9,50
für Kinder	27/30	8,50

Damen-Stiefel

Chevro	nur 36/37	7,50
Boxcalf Rahmen		8,50
Boxcalf braun		9,50

Lack-Halbschuhe
Schnürschuhe, schöne Fassons, mit u. ohne Derby nur 10,50—7,50

Mädchen-Halbschuhe

Ia. braune	31/35	7,50
für Kinder	27/30	6,90
schwarze Schnür	31/35	6,50

Lack-Spangenschuhe

für Mädchen	31/35	9,51
für Kinder	27/30	8,50

Damen-Halbschuhe

R.-Chevro Schnür	36/37	5,00
Moliere Schnalle		5,00
Boxcalf Rahmen		7,50

Lack-Spangenschuhe
schlanke Fassons mit hohen und halbhohen Absätzen nur 10,50—7,50

Mädchen-Spangenschuhe

Ia. braune	31/35	7,50
für Kinder	27/30	5,90
schwarze Schnür	27/36	5,50

Kinder-Stiefel

schwarz	25/26	4,50
„	23/24	3,50

Dieser Posten Schuhwaren wird von meiner Schuh-Abteilung getrennt zum Verkauf gebracht. In meinen Schaufenstern werden diese nicht gezeigt, sondern auf Ladentischen mit Preis ausgestellt; Freie Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Der Verkauf dauert nur solange der Vorrat reicht.

Olpe :=: Franz J. Menzebach.

Von Donnerstag, dem 4. ds. Mts.,
ab regelmäßig

Roggenschlempe

billig abzugeben. Hochwertiges, die Milch- und Fleischproduktion gleichfördernd es Viehfutter.
Regelmäßige Abnehmer erhalten Vorzugspreise.

J. J. Kemper, Olpe.

Färberei, chem. Reinigungsanstalt
Ludwig Kebbekus, Olpe, Kölnerstr. 31
liefert preiswert
Schwarz für Trauer — in Tagesfrist.
Sonstige Aufträge in
Teppichen, Dekorationen, Damen-, Herrengarderobe
werden in 2—3 Tagen erledigt. Preisangabe und Beratung bereitwilligst! Gute Bedienung. (†4043)

Motorrad
zum Spottpreis von
140, Mk.
zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bls. (†4051)

Habe auf dem Wege über die Hohe Brücke zur Fellmicke ein
20-Dollarstück
(Gold) verloren.
Bitte es gegen eine 20-Dollarnote abzugeben.
L. B., Biggestraße 41.

Alleinstehendes
Mädchen sucht Stelle
in ruhigem Haushalt, am liebsten zum 15. Dezember oder 1. Januar. Wer, sagt die Gesch ds. Bls. (†4044

Geführtes erstklassiges
Rind
verkauft oder tauscht (†4049
Konradshof bei Eckenhagen.



Von Freitag, dem 5. Dezember, ab, haben wir eine große Auswahl hochtragender und frischmelker
Kühe und Rinder
zum Verkauf stehen.
Julius Moses S. Rosenberg Kirchen,
Telef. 193 Amt Betzdorf.

Fabrikbetrieb Nähe Olpe sucht per sofort oder später
jungen Mann (oder Dame)
der mit allen Büroarbeiten gut vertraut sein muß, Stenographie u. Maschinenschreiben (Ideal) Bedingung. Schriftliche Angebote unter Nr. †4045 an die Geschäftsst. ds. Bls.

Fernruf 190
Dr. Drixelius,
Attendorn i. W.,
Hals-, Nasen- und Ohrenarzt.
Sprechstunde 9—11, 2—4 Uhr

Musikinstrumenten-Spezialhaus
Karl Horn, Siegen,
liefert nur Qualitätswaren. Kataloge frei. Fernruf 1173

Gundka-Schreibmaschine
39,— Mk.
mit normal breitem Wagen, 84 Schriftzeichen.
1 Jahr schriftliche Garantie.
Ein Wunderwerk d. Technik. Lieferung gegen Nachnahme, bei Vorauszahlung 2% Skonto
Heribert Busch,
G. m. b. H., Bochum Schließfach 210.

Deutsche Volkspartei!

Große öffentliche

Wahlversammlung

am Donnerstag, dem 4. 12. 24. abends 8½ Uhr im Hotel zum Schwanen.

Redner: Dr. Croll aus Berlin.

Deutsche Frauen und Männer erscheint alle!

Freie Aussprache. Eintritt 25 Pfg.